

Siegfried Weichlein

Politische Kultur und Wählerverhalten. Das Beispiel hessischer Kreise am Ende der Weimarer Republik

Die politische Bedeutung der demokratischen Wahlen am Ende der Weimarer Republik lag paradoxerweise darin, Demokratie und Republik zu erschüttern. Das Proprium des parlamentarisch-demokratischen Systems, die freien Wahlen, entwickelten sich spätestens seit den Septembervahlen 1930 zu einer Serie sich überschneidender Bedrohungen des Weimarer demokratischen Verfassungsstaates. Die letzten zumindest teilweise freien Reichstagswahlen am 5. März 1933 gaben Hitler und seinen deutschnationalen Partnern schließlich die nötige Mehrheit, um die Weimarer Verfassungsorgane auch auf parlamentarische Weise zu beseitigen. Vor diesem Hintergrund geht es bei den folgenden Ausführungen darum, politische Wahlen in vorpolitischen Kultur- und Sozialräumen zu verorten.

Politische Kultur und Regionalforschung

Die historische Erforschung der politischen Dynamik moderner Gesellschaften befaßt sich in den letzten Jahren verstärkt mit der Politischen Kultur. Politische Kultur-Forschung darf nach Karl Rohe als Teil der politischen Mentalitätsgeschichte gelten, da sie die Wechselbeziehungen von ideellen Interessen und materialer Politikgeschichte untersucht (vgl. Rohe 1990, Berg-Schlösser/Schissler 1987). Auf das Ende der Weimarer Republik angewandt verlagert dieser Ansatz, über die Wahlgeschichte hinaus auf die politisierenden Einstellungen der Weimarer Gesellschaft einzugehen, deren Fragmentierungen in unversöhnliche sozial-moralische Gesinnungsgruppen in entscheidendem Maße zu ihrer inneren Aushöhlung beitrug und schließlich den antidemokratischen Parteien über demokratische Wahlen die Mehrheit gab (vgl. Berg-Schlösser/Schissler 1987, S. 80-95, Lehnert/Megerle 1989 und Lehnert/Megerle 1990).

Politische Kultur-Forschung kann an die historische Wahlforschung anknüpfen. Unter Einsatz neuester statistischer Methoden kontrolliert diese die verschiedensten Einflüsse auf das Wahlverhalten und kommt zu differenzierten Befunden (vgl. Falter 1991). Im Unterschied zu den mathematisch-statistischen Verfahren der historischen Wahlforschung bemüht sich die Politische Kultur-Forschung je-

doch in erster Linie um die hermeneutische Erfassung der subkulturellen politischen Vermittlungsmuster. Ihr Gegenstand sind weniger die zahlenmäßigen Wahlergebnisse als vielmehr die Mobilisierungs- und Agitationsmethoden während der Wahlkämpfe im Netzwerk mehrerer Faktoren – wie z. B. Wirtschaft, Sozialstruktur, Konfession, Organisationsstrukturen und Interessenartikulationen (vgl. Rohe 1990, S. 325). Erkenntnisleitende Interessen sind, in historischer Rekonstruktion die Ursachen für antidemokratisches Wahlverhalten zu erkunden und zugleich die politischen Voraussetzungen für Demokratie zu ermitteln.

Der historisch-politische Kontext der Wahlgeschichte rückt bei der regionalen Politischen Kultur-Forschung in den Vordergrund. Die regionale Ebene politisch relevanter kultureller Besonderheiten, „sei es auf der Ebene der ‚Weltbilder‘ und Mentalitäten, sei es auf der Ebene der Denk-, Sprech-, Gefühls- und Verhaltensgewohnheiten, sei es auf der Ebene der Symbole und expliziten Ideologien“ (Rohe 1991, S. 20 f.) eignet sich in besonderer Weise, um die Reichweite politischer Einstellungen wie deren Transformationsprozesse zu bestimmen.

Der nordhessische Raum stellte schon bisher eines der bevorzugten Objekte in der neuesten regionalen Politischen Kultur-Forschung dar (vgl. Hennig/Kieserling 1990). Als ‚late-comer‘ in Industrialisierung und Modernisierung wie auch durch die Fragmentierung sei-

ner Konfessionen verkörperte er die gleichzeitig historisch ungleicherzeitiger Prozesse in einer mittleren politischen Einheit. Seine Wahlgeschichte bildete zudem die politische Entwicklung im Reich auch durch lokale Schwerpunktbildungen ab.

I. 1: Kassel und Hanau – politische Konfliktlinien

Die Sozialstruktur der beiden wirtschaftlichen Zentren des Regierungsbezirkes Kassel, die Räume um Kassel und Hanau, wiesen eine bemerkenswerte Übereinstimmung auf. Die stadtnahen Landkreise verzeichneten im Jahre 1925 mit 51 % bzw. 57 % Industriearbeiterschaft als eine zahlreichere Industriearbeiterschaft als die Städte Kassel (40 %) und Hanau (53 %). Insgesamt war der Hanauer Raum damit stärker noch als das Kasseler Wirtschaftsgebiet von industriellen Arbeitnehmern geprägt. Politisch stellten die Landkreise Kassel und Hanau schon vor 1914 Hochburgen der Arbeiterbewegung dar. Noch bei den Märzahlen 1933 gewann SPD und KPD zusammen im Landkreis Kassel 51,7 % und im Landkreis Hanau 49 %, der gültigen Stimmen. Die sozialdemokratischen Stimmanteile gingen im Gefolge der Weltwirtschaftskrise zwischen 1928 und 1933 in Stadt- und Landkreis Kassel unterschiedlich stark zurück. In der Stadt Kassel sank die SPD um 15 % von ungefähr 40 % auf ca. 25 %. Im Landkreis hingegen verringerte sich der SPD-Anteil von 47 % nur um 9 % auf 38 %. Die SPD blieb damit auch bis ins Jahr 1932 zumindest im Landkreis Kassel die führende politische Kraft. In Hanau entwickelte sich dagegen die KPD im Laufe der Weimarer Republik zur führenden Arbeiterpartei. Sie erreichte zwischen 1930 und 1932 ungefähr 30 % und war mit der NSDAP gleichauf. Im Hanauer Raum bewirkte die Spaltung der Arbeiterbewegung eine im ganzen niedrigere Wählerkonzentration der einzelnen Parteien, da sich die SPD mit über 20 % als dritte Kraft deutlich behaupten konnte. Die Kasseler Kommunisten konnten hingegen den Hanauer KPD-Anteil nicht entferrnt erreichen.

In beiden Landkreisen hielten SPD bzw. KPD auch noch bei den Wahlen 1932 der NSDAP gegenüber stand, die in Kassel regelmäßig besser abschnitt als in Hanau. Dem Erfolg der Nationalsozialisten bei den Juliwahlen 1932 und den Märzahlen 1933 in Hanau-

Stadt und -Land stammte ein Vorsprung der Kommunisten im September 1930 und im November 1932 gegenüber. In Kassel verlor der NSDAP-Erfolg gleichmäßiger: In der Stadt Kassel überflügelte die NSDAP unter der informellen Führung Roland Freislers seit den preußischen Landtagswahlen im April 1932 regelmäßig die SPD, während ihr der Durchbruch im Landkreis erst im November 1932 gelang.

Der wahlgeschichtliche Befund ließ in Kassel und Hanau zwei deutlich abgegrenzte Wählerlager sowie zwei unterschiedliche politische Konfliktlinien erkennen: in Kassel zwischen der SPD und der NSDAP, in Hanau zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Im Zusammenhang mit dem ungleich hohen Niveau der Arbeiterparteien in Hanau und Kassel entstehen zwei Fragen: Wo liegen die Ursachen für die verschiedenartige politische Entwicklung der Hanauer und Kasseler Arbeiterbewegung, und warum konnten die Kasseler Sozialdemokraten trotz eines geringeren Anteils an Industriearbeiterschaft einen höheren Mobilisierungserfolg errichten?

Das übliche Erklärungsmuster führt die steigende Zahl der Erwerbslosen zurück. Die Erwerbslosigkeit nahm jedoch in Kassel wie in Hanau während der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933 vergleichbare Formen an: 1933 war in den vier Landkreisen Hanau-Stadt, Hanau-Land, Kassel-Stadt und Kassel-Land etwa jeder vierte Arbeitnehmer erwerbslos. Auch der Anteil der Arbeiter an der Erwerbslosenquote unterschied sich nur unbedeutend. In beiden Stadtkreisen waren wenig mehr als 70 % der Arbeitslosen Arbeiter, in den Landkreisen hingegen waren es übereinstimmend etwa 90 %.

Das Hanauer Wirtschaftsgeschehen zeichnete sich im Gegensatz zur Kasseler Entwicklung durch eine erhebliche Krisenanfälligkeit aus. Die Edelmetallproduktion war in besonderem Maße auf Käuferschichten am Hofe und in der Oberschicht angewiesen. Die Produktion hochwertiger Schmuckwaren geriet seit Beginn des 20. Jhdts (tiefgreifender Wandel der Konsumgewohnheiten) ins Abseits. Die nötigen Umstellungen verblieben zwar im Bereich der Metallproduktion und konnten auf den hochqualifizierten Facharbeiterstamm Hanaus zurückgreifen.

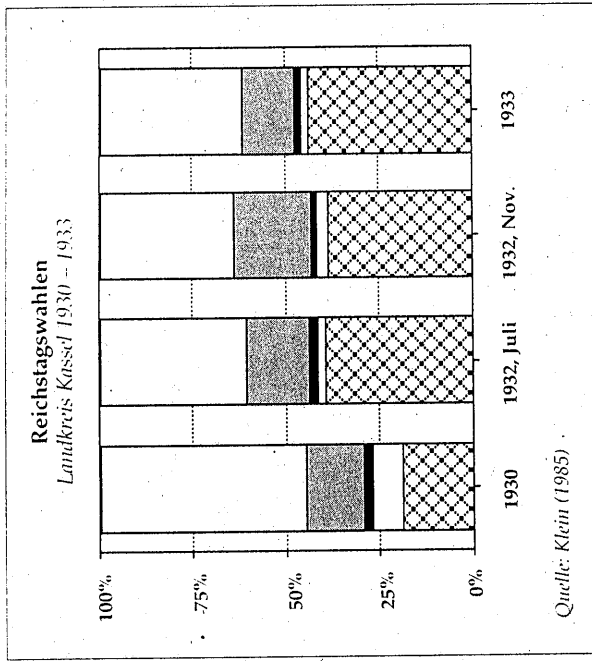
Doch die industrielle Produktion im großen Stil verlangte darüber hinaus in erheblich stärkerem Maße als die Bijouterie nach ungelern-

ten Kräften. Der Arbeitskräftebedarf der neuen Industriebetriebe im Hanauer Raum blieb auf Pendlern aus den angrenzenden Landkreisen angewiesen, ein Phänomen, das in Kassel ebenfalls eine Rolle spielte.

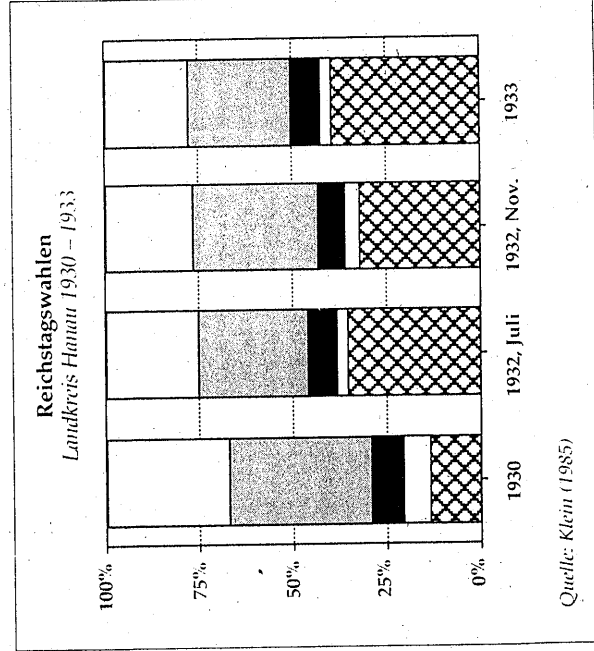
Die wirtschaftliche Dynamik Kassels hing in starkem Maße von den Bedürfnissen des Verkehrs (Lokomotivbau Henschel u. a.) ab. Zwar unterlag der Kasseler Lokomotivbau Schwankungen (Gründerkrise, Inflation 1923) und weitreichenden Transformationsprozessen (Rüstungsprozesse (Rüstung). Im ganzen verlief die spätere und schneller einsetzende wirtschaftliche Entwicklung Kassels dennoch wesentlich gleichmäßiger als die Hanaus. Die wirtschaftliche Abhängigkeit von öffentlichen Investitionsmöglichkeiten in das Verkehrswesen stellte eine verlässlichere Kontinuitätslinie dar als die Abhängigkeit von adeligen Käuferkreisen. Das höhere Lohnniveau versetzte die qualifizierten Facharbeiter des Kasseler Lokomotivbaues in eine bessere soziale Lage als z. B. die Beschäftigten der in Kassel ebenfalls vertretenen Textilindustrie (Jutespinnerei). Dies wirkte sich nicht zuletzt im Selbstbewußtsein der Henschelarbeiter aus.

I. 2: Die konfessionelle Trennlinie

Ein weiterer kulturprägender Unterschied zwischen Kassel und Hanau rührte von der unterschiedlichen konfessionellen Zusammensetzung der Stadt- und Landkreise her. Stadt- und Landkreis Kassel waren fast ausschließlich



Quelle: Klein (1985)



Quelle: Klein (1985)

protestantisch, während die Katholiken in Hanau eine starke Minderheit von etwa 20 % der Bevölkerung bildeten (vgl. Stat. Dt. Reich Bd. 45 I, 3/53f). Die an der Abendmahlsbeteiligung ablesbare evangelisch-kirchliche Bindung wie auch das kirchliche Gefälle zwischen Land und Stadt war in den Hanauer und Kasseler Kirchenkreisen in etwa gleich stark. Unter den städtischen Protestanten nahmen weniger als 20 % am Abendmahl teil, während etwa 60 % der evangelischen Christen in den umgebenden Landkreisen das Abendmahl empfangen (vgl. Kirchliches Handbuch Evangelische Landeskirche Hessen-Kassel, Hrsg. G. Ritter, Kassel 1928). Die kirchliche Bindung der evangelischen Christen anhand des Abendmahlskriteriums lag im Jahre 1925 in den industrialisierten Kreisen Nordhessens wie auch im Hanauer Raum in der Nähe des Wertes der Hessen-Kasseler Landeskirche (56,22 %) und damit etwa doppelt so hoch wie die preußischen Angaben (27,06 %).

Im Unterschied zur Region um Kassel wies die katholische Arbeiterschaft Hanaus im Ansatz eine von der Arbeiterkultur deutlich abgegrenzte Organisationskultur auf. Die Daten zur Osterkommunionsteilnahme der Hanauer Katholiken in Stadt und Land (1925: 46,46 %) ließen eine trotz Industrialisierung immer noch relativ starke Kirchenbindung erkennen. Innerhalb der Diözese Fulda (1925: 61,38 %) Osterkommunionsteilnahme wies jedoch das Dekanat Hanau die niedrigste Osterkommunionhäufigkeit auf (vgl. Kirchliches Handbuch für das katholische Deutschland XIV, 1926). Die Katholiken im Umfeld der industriellen Zentren des Rhein-Main-Gebietes drohten aus katholischer Sicht der Säkularisierung anheimzufallen und aus dem Milieu auszuscheiden.

Neben der Arbeiterbewegung gehörte – wenn auch mit sinkender Bindekraft – der Katholizismus zu den politischen Kräften in Hanau. Da sich jedoch die sozioökonomische Lage der katholischen und der in SPD oder KPD organisierten Arbeiter nicht unterschied, wurde ein „politischer Frontenwechsel“ im Laufe der Weimarer Republik immer wahrscheinlicher. Ein Indiz hierfür lieferte der Volksentscheid zur Fürstententeignung 1926, der durch die Form des Plebiszites das Abrücken Hanauer katholische Arbeiterverein entgegen der offiziellen Zentrumslinie für eine Eintragung in die Listen zum Volksbegehren „Fürstententeignung“ aus (vgl. Vorwärts, 9.3.1926;

In der Stadt Kassel gehörte die hohe Selbstversorgungsquote der beruflichen Arbeitnehmer in der weitverbreiteten Kleingärtnerei, Demgegenüber kontrastierten Landwirtschaft und Industriearbeit im Landkreis Hanau wesentlich stärker, da hier die hauptberuflichen Landwirte stärker vertreten waren. Im Gegensatz zu den sehr hohen Werten für Kassel arbeitete 1933 im Hanauer Landkreis nur jeder zweite Landwirt gleichzeitig in der Industrie (54,02 %). (Vgl. Stat. Dt. Reich Bd. 46 I, S. 105.)

Der Zwang zur Kombination zweier Erwerbsarten entsprang unterschiedlichen Ausgangslagen und ökonomischen Zwängen. Die Kasseler Arbeiterschaft war größtenteils wegen der industriellen Arbeitsplätze zugewandert und anfangs kaum qualifiziert. Sie besserte daher ihren geringen Verdienst durch Landwirtschaft nach Feierabend auf und sicherte ihre industrielle Existenzgrundlage subsidiär wirtschaftlich ab. Im Hanauer Raum ging auf die krisengeschüttelte Landwirtschaft zurück, deren Betriebsinhaber zum Zuverdienst in industrieller Lohnarbeit gezwungen waren. Deren festes Einkommen stützte die landwirtschaftliche Existenz und verhinderte die Aufgabe des Betriebes.

Während die Kasseler Industriearbeiterschaft, auch wenn sie nebenberuflich in der Landwirtschaft hinzuverdiente, dennoch Teil der Industriearbeiterschaft blieb, lebten in vielen nach Hanau einpendelnden Arbeiter in zwei Welten: Ihre Heimatgemeinde zeigte in der Regel eine agrarische Prägung, während der Arbeitssort die Signatur der Fabrik trug.

II. Kasseler Arbeiterbauern und politisches Bewußtsein

Die Arbeiterschaft und das protestantische Agrarmilieu mit relativ hoher kirchlicher Bindung waren in den Kasseler Umlandgemeinden Teil desselben dörflichen Sozialraumes. Während das Nebeneinander der Teilkulturen von Bauern und Arbeiterbauern die Gemeinden des Landkreises Kassel prägte, waren diese Teilkulturen im Hanauer Gebiet räumlich voneinander getrennt (zu Kassel vgl. Hennig/Kieserling 1990, S. 70 ff).

Die Lebenswelt der Arbeiterbauern in den Kassel umgebenden Gemeinden war nie eine rein proletarische. Das Nebeneinander von abhängiger Lohnarbeit in der Industrie und

selbständiger nebenberuflicher Landwirtschaft nach Feierabend wirkte einer Radikalisierung entgegen. Gesellschaftliche Entscheidungspläne konnten in einer Arbeiterschaft, die selbst Produktionsmittel in Form von Hof und Land besaß, keine Mehrheit finden. Wer in eigener Verantwortung und mit Hilfe seiner Familienangehörigen – vor allem der Ehefrauen – nach Feierabend Selbstausbeutung betrieb, hatte andere Erfahrungen als sie ein Arbeiterprotest gegen entfreumdete Lohnarbeit und die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in den Industriebetrieben unterstützte. Statt dessen blieben die Arbeiterbauern den Deutungsmustern ihrer Umgebung verhaftet und nahmen an deren Vereinsleben teil.

Der Kasseler Landrat berichtete im Jahre 1898, die sozialdemokratischen Wählerhielten es für durchaus vereinbar mit ihrer Stimmabgabe, „Mitglieder des Kriegervereins zu sein und in den Gesangsvereinen unter der Leitung des Lehrers patriotische Lieder zu singen.“ Das soldatische Wesen, Gehorsam und Autorität sei ihnen so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie (s. sich) trotz aller sozialdemokratischen Stimmabgabe niemals versagen würden, wenn der Ruf des Königs an sie erginge; wenn sie des Königs Kock anhielten, seien sie wieder brave Soldaten. (Summa 1978, S. 256, 335).

Waren schon die mentalen Dispositionen der Arbeiterbauern alles andere als revolutionär, so gestaltete sich deren organisatorische Erfassung durch die Arbeiterbewegung erst recht als schwierig. Die Kasseler Arbeiterbauern waren nur bedingt Teil des organisierten Arbeitermilieus. Schon aus Zeitgründen war es vielen Arbeitern nicht möglich, über ihre Mitgliedschaft in den Gewerkschaften hinaus in die Arbeiterkulturorganisationen, die für die Selbstdeutung der Arbeiterbewegung entscheidend waren, regelmäßig teilzunehmen.

In den meisten Orten bestanden bereits „bürgerliche“ Vereine, bevor die Arbeitersportvereine ins Leben gerufen wurden. Die lebensweltliche Verquickung zwischen Arbeiterbauern und reinen Landwirten über Spandienstleistungen und familienwirtschaftliche Bande führte dazu, daß viele Industriearbeiter in den alten Vereinen bleiben wollten. Dagegen erhoben sich massive Klagen im Ortsverband Kassel des „Deutschen Allgemeinen Metallarbeitervereins“ (DMV). Der DMV-Ortsverband Kirchenthalmold wollte auf der ordentlichen Generalversammlung des Kasseler DMV am 18. Juni 1920 diejenigen Gewerkschaftsmitglieder, die sich noch in bürgerlichen Vereinen befanden, sogar aus dem DMV ausschließen lassen (vgl. Protokollbuch des Deutschen Metallarbeiterverbandes Ortsverband Kassel 1912 – 1932).

Den Schwerpunkt der Kasseler Arbeiterbewegung bildete die gewerkschaftliche Arbeit. Die Parteiorganisation wies dagegen wesentlich weniger Mitglieder auf (vgl. Summa 1978, S. 257). Die Kasseler Arbeiterbewegung verband Facharbeiter und Arbeiterbauern aus dem Kasseler Umland. Beide Gruppen nahmen kaum an den intellektuellen Debatten der Sozialdemokratie im Kaiserreich teil. Die lebensweltliche Nähe zur agrarischen Selbstausbeutung führte zu vielfachen und intensiven politisch-kulturellen Berührungen zwischen der bäuerlichen Dorf-Kultur und der ländlichen Industriearbeiterschaft. In dieser „offenen Flanke“ der Arbeiterbewegung wurde es möglich, daß Arbeiter vereinzelt Kriegervereinen präsidierten. Die Ausbildung eines Arbeitermilieus mit einer eigenen Sozialmoral und politischen Forderungen jenseits des ländlich agrarischen Selbstverständnisses war indessen Kennzeichen der städtischen Gesellschaft. Nur sie bot die Möglichkeit der raschen Organisierung von ideellen Interessen im Politischen Alltag. Die Kasseler Arbeiterschaft darf daher im strengen Sinne nur in der Stadt Kassel als Arbeitermilieu verstanden werden.

III. Die Politische Kultur der Kasseler Sozialdemokratie

In einem weiteren Sinne umfaßte die sozialdemokratische politische Teilkultur auch im Raum Kassel vor allem die Mitglieder der sozialistischen Gewerkschaft, des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ ADGB. Deren 30.000 bis 35.000 Mitglieder stellten das Wählerreservoir der SPD dar. Ihr Stimmenergebnis lag bei allen Wahlen nach 1919 ebenfalls um etwa 35.000 Stimmen. Die Parteiaktivitäten spielten sich jedoch in einem erheblich kleineren Kreise ab. Im Jahre 1929 waren nur 12 % Mitglieder des ADGB – nur 17 % seiner Mitglieder in der SPD organisiert. Die Versammlungen, Parteitage, Feiern, Kundgebungen und sonstigen Aktionen der sozialdemokratischen Teilkultur erreichten daher nur einen Bruchteil der nordhessischen Industriearbeiterschaft. Die Arbeiterkultur und die Kultur der Arbeiterbewegung waren auch hier keinesfalls identisch.

Zwar erreichte der SPD-Bezirksverband Hessen-Kassel seine bedeutendsten Organi-

sationserfolge zwischen 1925 und 1931. Fast ein Drittel der 13.450 Parteimitglieder von 1930 war in den letzten 5 Jahren der SPD beigetreten (34,48 %). Dennoch blieb die Partei ihrer Mitgliederstruktur nach stark von den Erfahrungen des Kaiserreiches geprägt: 29 % der SPD-Mitglieder Nordhessens waren schon länger als 10 Jahre in der Partei. Verglichen mit der dem Gesamtindruck nach jugendlichen kommunistischen Partei wies die SPD eine relativ überalterte Mitgliederstruktur auf. Vier von zehn Mitgliedern des Jahres 1930 (40,69 %) waren zwischen 35 und 50 Jahren alt und zwei hatten die Fünfzig überschritten (20,47 %). Die sozialdemokratische Kasseler Parteiarbeit wurde erprobt „Aktivisteliste“ getragen (vgl. Lehner/Meyerle 1989, S. 89 ff). Entscheidende Aufbauarbeit leisteten so bekannte Persönlichkeiten wie Philipp Scheidemann, Albert Grzesinski, Georg Thöne und Wilhelm Pfannkuch, Jahrgang 1841 und Alterspräsident der Weimarer Nationalversammlung.

Unter den Kasseler Parteimitgliedern war der Anteil ungelerner Arbeiter, die nach Kassel empfindelten und nebenberuflich Landwirtschaft trieben, mit 30,6 % fast so hoch wie der Facharbeiteranteil (34,2 %) und übertraf den Anteil der Ungelernten in der deutschen Sozialdemokratie (5,4 %) um das Sechsfache. Beide Strukturmerkmale der Kasseler Parteiorganisation wirkten sich auf ihr politisches kulturelles Auftreten in der Öffentlichkeit aus: sowohl die Alters- wie auch die Sozialstruktur förderten die Orientierung an traditionellen sozialdemokratischen Wertvorstellungen. Die Tugenden der Industriegesellschaft – wie Verfügbarkeit, Tüchtigkeit und Einsatzfreude – fanden ins Politische gewendet Eingang ins politisch-kulturelle Vokabular. „Organisation und Agitation“ lautete das Motto, mit dem auch die nordhessischen Sozialdemokraten an die politische Öffentlichkeit traten.

IV. „Hammer oder Amboß?“ Die Politische Kultur der nordhessischen Kriegerverbände

Der schärfste Widersacher der nordhessischen Sozialdemokraten war die konservative politische Teilkultur. Als politisch rechts stehende Vereins- und Organisationsstruktur hatten sie einen großen Vorteil gegenüber dem städtisch-bürgerlich-liberalen Milieu. Sie war nicht nur –

wie vor allem die ländliche Teilkultur – in den Kasseler städtischenürgerschichten vertreten, sondern auch in den vielen nordhessischen Kleinstädten und in den meisten Landgemeinden. Ihr politisches Rückgrat bildete in der Hauptsache die durch eine Landwirtschaftfliehe Dauerkrise betroffene Landbevölkerung. Das Sprachrohr der Konservativen, die „Kasseler Post“ wurde nicht nur in der Stadt Kassel gelesen. Als auflagenstärkste nordhessische Tageszeitung am Ende der Weimarer Republik wirkte sie ebenso im ländlichen Raum mit. Damit unterschied sich die konservative Teilkultur deutlicher noch als von der SPD von den Liberalen, die zwar im „Kasseler Tageblatt“ gleichfalls ein publizistisches Sprachrohr besaßen, sozial jedoch auf den Bereich des städtischen Bildungsbürgertums beschränkt blieben. Im weitverzweigten politischen Organisationsnetz der nationalen Reichsnahen Kriegervereine eine herausragende Stellung ein. Sie waren in Kassel, aber auch in den nordhessischen Landkreisen, den Kleinstädten und sogar noch in kleineren Dörfern stark vertreten.

Ihre Organisationsquote war in Gemeinden mit bis zu 50 Einwohnern und einem relativ hohen Anteil landwirtschaftlicher Bevölkerung besonders hoch. Dort fand sich ein Viertel bis ein Drittel der männlichen Bevölkerung über 20 Jahre in den Kriegervereinen zusammen. Aber auch in den größeren Landstädten wie Rotenburg, Bebra oder Melsungen war jeder Fünfte bis Sechste männliche Bewohner über 20 Jahre im Kriegerverein organisiert. Im Jahre 1930 zählte der Kriegerbund Korbessen und Waldeck 39.215 Mitglieder. Sowohl politisch-ideologisch als auch der Altersstruktur nach waren die Kriegervereine einem rückwärts gewandten Politikverständnis verpflichtet (vgl. Kasseler Post, 1.5.1930; zu den Organisationsquoten vgl. Hessisches Staatsarchiv Marburg, Best. 165, Bd. 4 (1931 – 1932), Bl. 165 ff).

Die Kriegervereine waren Teil des dörflichen Netzwerkes aus Landwirtschaft und evangelischer Kirche. Als Verbandsvorsitzende wirkten auf dem Lande in den meisten Fällen Landwirte, die in vielen Fällen nebenberuflich das Amt des Bürgermeisters bekleideten. Der enge lebensweltliche Zusammenhang zwischen Landwirtschaft und evangelischer Kirche in den Landgemeinden Nordhessens schlug sich in gemeinsamen politischen Einstellungen nieder. So fand bei den Kriegerverbänden regelmäßig ein Feldgottesdienst statt, der den gottgefälligen Charakter der eigenen politischen Anschauung herausstellte (vgl.

Kasseler Post, 30.6.1929). Während die nordhessischen Sozialdemokraten Kundgebungen im Saale – wie bei den Revolutionsfeiern – oder äußerstenfalls auf öffentlichen Plätzen bevorzugten, wiesen die Kriegervereine eine größere Nähe zu modernen Techniken der Massenmobilisierung auf. Zu ihren Formen der politischen Demonstration gehörten neben Feldgottesdiensten Fackelzüge und Aufmärsche. Die Kriegervereine kennzeichnete als politikhafte Organisationen ein relativ ausgeprägter politischer Bewegungskarakter. Dieser ging mit rückwärts gewandten politischen Einstellungen einher. Die Kriegervereine traten für eine Rückkehr zu den politischen Wert- und Ordnungsvorstellungen des Kaiserreiches und besonders dessen militärischer Elite ein. Höhepunkt der politischen Selbstdarstellung der Kriegervereine bildete daher neben den Verbandsfesten die jährliche Feier der Reichsgründung am 18. Januar 1871. Das Bedeutsame an der konservativen politischen Teilkultur, wie sie die Kriegervereine vertraten, war ihre Mischung aus modernen Mobilisierungstechniken und einem wirksamen Fühlappell in Fackelzug und Feldgottesdienst.

„Da wir das Herzvolk Europas sind, können wir nur Hammer sein oder Amboß. In allen Deutschen muß endlich wieder der Wille erglücken, daß unser Volk die Rolle spielt, die ihm gebührt: Hammer zu sein. Nur die Einigkeit in den nationalen Zielen kann uns aufwärts führen. Leisten wir wieder intensive nationale Arbeit! ... | Reichen wir uns als Brüder die Hand zum Bunde. Bilden wir eine Kette von Mann zu Mann, von Haus zu Haus – durchs ganze Vaterland, dann wird uns der Lecker der Schlachten erhören, wenn wir wie aus einem Munde fluchen: Herr, mach uns frei!“ (Kasseler Post, 20.1.1930)

V. Die politisch fragmentierte Gesellschaft

Beide politischen Teilkulturen – die Kriegervereine als Teil des konservativen Lagers wie die Sozialdemokratie – bezogen sich auf das übergeordnete Wohl des Deutschen Reiches. Die Kasseler Arbeiterbewegung als Exponent des reformistischen Parteikurses forderte den Ausbau des sozialen Wohlfahrtsstaates auf republikanischen Boden. Dagegen sahen die Kriegervereine in Demokratie und Republik das Grundübel der Gegenwart, ohne dessen Beseitigung ein gemeinsamer neuer Aufschwung und die nationalen Ziele nicht erreicht werden könnten. Während die gegen-

würige politische, wirtschaftliche und kulturelle Lage für die nationale Rechte Züge des Verfalls und des katastrophischen Annahmewegs für den reformistischen Teil der Arbeiterbewegung unverzichtbares Vehikel auf dem Weg zum sozialistischen Endziel. Die politischen Zielperspektiven beider politischen Teilkulturen standen somit in einem denkbar krassen Gegensatz.

Sowohl die Revolutionsfeiern der Kasseler Sozialdemokratie – wiewestrecht deren Verfassungsfeiern – als auch die Verbands- und Reichsgründungsfeiern der Kriegervereine verstanden sich als autorisierte politische Demonstrationen einer im Bewußtsein vorweggenommenen tendenziellen Mehrheitskultur. Wo jedoch in der reformistischen Arbeiterbewegung verzweifelt und in gestanztem Pathos zu sozialistischen Idealen aufgerufen wurde, stand auf der Seite ihrer Widersacher der aggressive Wille zur Totalrevision, der je länger je mehr keinerlei pragmatische Züge erkennen ließ und im Stile einer religiös-politisch verbrämten Ideologie auftrat. Beide politischen Teilkulturen forcierten die Aufteilung des politischen Raumes in absolute Freund-/Feind-Muster. Eine demokratische Politische Kultur, die in der Dynamik relativer Nähe und Ferne der politischen Akteure gründet, war damit vom Ansatz her ausgeschlossen.

Der klassische Vertreter dieses Freund-/Feind-Schemas in Staat und Gesellschaft, der Staatsrechtler Carl Schmitt, formulierte im Jahre 1933 hellsichtig die damit einhergehende Aporie für das politische Wahlverhalten:

„Zwischen fünf organisierten Systemen, von denen jedes in sich total ist und jedes konsequent zu Ende gedacht, das andere aufhebt und vernichtet, also z. B. zwischen Atheismus und Christentum, gleichzeitig zwischen Sozialismus und Kapitalismus, gleichzeitig etwa zwischen Monarchie und Republik, zwischen Moskau, Rom, Wittenberg, Genf und Braunkem Haus und ähnlich inkompatiblen Freund-Feind Alternativen, hinter denen feste Organisationen stehen, soll das Volk mehrmals im Jahre optieren. [...] Das Ergebnis sind immer nur fünf verschiedene Volksteile mit fünf ver-

schiedenen politischen Systemen und Organisationen, die sich in ihrem Zusammenhangslos ja feindlichen Nebeneinander gegenseitig zu besiegen oder zu betrügen suchen.“ (C. Schmitt 1933/1958, S. 362 ff).

Zitierte und weiterführende Literatur

- D. Berg-Schlösser / J. Schlösser (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung. (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 18/1987) Opladen 1987.
- J. W. Falter: Hitlers Wähler. München 1991.
- E. Hennig / M. Kieserling: Zwischen Fabrik und Hof – zwischen Republik und Dorf. Zur Wahlentwicklung und politischen Kultur des Landkreises Kassel in der Weimarer Republik. Kassel 1990.
- L. Hölscher: Weltgericht oder Revolution. Protestantische und sozialistische Zukunftsvorstellungen im deutschen Kaiserreich. Stuttgart 1989.
- Th. Klein: Der Regierungsbezirk Kassel 1933 – 1936. Die Berichte der Regierungspräsidenten und Landräte. 2 Bde. Darmstadt 1985.
- H. Krause: Revolution und Konterrevolution 1918/19 am Beispiel Hanau. Kronberg/Ts. 1974.
- D. Lehner / K. Meyerle (Hrsg.): Politische Identität und Nationale Gedanktage. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik. Opladen 1989.
- Diess.: (Hrsg.): Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik. Opladen 1990.
- G. Plümi: Gesellschaftsstruktur und politisches Bewußtsein in einer katholischen Region 1928 – 1933. Untersuchung am Beispiel des Regierungsbezirkes Aachen. Stuttgart 1972.
- K. Rolic: Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der Politischen Kulturforschung. In: Historische Zeitschrift 250 (1990), S. 321 – 346.
- Ders.: Regionale (politische) Kultur: Ein sinnvolles Konzept für die Wahl- und Parteienforschung? In: D. Oberndörfer / K. Schmitt (Hrsg.): Parteien und regionale politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland (Ordo Politicus Bd. 28). Berlin 1991, S. 17 – 37.
- C. Schmitt: Verfassungsrechtliche Ansätze aus den Jahren 1924 – 1954. Materialien zu einer Verfassungslehre. Berlin 1958.
- R. Stamm: Kasseler Unterschichten im Zeitalter der Industrialisierung. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Stadt Kassel von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges. Darmstadt 1978.